

“Consulta comunitaria de buena fe”: Ixcán – Guatemala

FÜR DAS LEBEN, DIE ERDE UND DIE WÜRDE

Am 20. April 2007 erhob die Bevölkerung des Ixcán ihre Stimme um ihre Meinung zu der Konstruktion von Staudämmen und Projekten zur Erdölgewinnung in einer kommunalen Volksbefragung kund zu geben. Von den insgesamt 75 000 Einwohnern gaben 18 000 Personen ihre Stimme ab von denen sich ca. 93% klar gegen diese Projekte entschieden.

Michael Fischer, April 2007

Die tropische und sehr abgelegene Regenwaldregion Ixcán, die zum Department Quiché gehört, hat eine bemerkenswerte Geschichte. In den 60er Jahren wurde das, bis zu diesem Zeitpunkt unbewohnte und nur schwer zu durchdringende Gebiet, von Menschen aus verschiedenen Teilen Guatemalas besiedelt die auf diese Weise an ein Stück eigenes Land kamen, denn schon damals war die Landverteilung eines der Hauptprobleme Guatemalas. Mit der Unterstützung von FreiheitstheologInnen organisierte sich eine Vielzahl der Dörfer in Kooperativen die somit eine vom Staat relativ unabhängige und politisch und ökonomisch selbst bestimmte Verwaltung einschlagen konnten. Anfang der 70er Jahre entstand genau in diesem Gebiet die Guerillabewegung EGP (*Ejército Guerrillero de los Pobres*), die sich zu organisieren begann um gegen das unterdrückende Militärregime vorgehen zu können. Doch das Militär reagierte mit nur noch stärkerer Repression vor allem gegen die zivile Bevölkerung. Während der „Politik der verbrannten Erde“, Anfang der 80er Jahre, der grausamsten Zeit des 36 jährigen bewaffneten Konfliktes in Guatemala, wurden unter den Militärdiktaturen von Lucas García und Ríos Montt, allein in diesem Gebiet über 120 Dörfer verbrannt, die Bevölkerung niedergemetzelt und die Region in Trauer, Angst und Verzweiflung versetzt.

Aber auch nach der Unterzeichnung der Friedensverträge 1996 und dem Ende der öffentlichen Repression des guatemaltekischen Staates kehrt in den von Gewalt gezeichneten Ixcán keine Ruhe ein.

Schon seit der Besiedelung des Ixcán ist von Seiten der wirtschaftsorientierten Interessenschicht immer wieder die Rede von Projekten zum Rohstoffabbau und Wasserkraftwerken, die aber über Jahrzehnte hinweg durch die Guerilla und die organisierten Kooperativen großteils erfolgreich abgewehrt werden konnten.

Während der Regierung des Präsidenten Arzú (1996-2000) wurde jedoch ein neues Gesetz erlassen, das die Steuern, welche ein Unternehmen für den Abbau von Rohstoffen an den Staat Guatemala zahlen muss, von 6% auf 1% senkte und somit das Interesse multinationaler Firmen von Neuem geschürt hat. Durch den Plan PPP¹ (*Plan Puebla Panama*) und die Freihandelsabkommen TLCs² (*Tratados de Libre*

¹ ein strategischer, allumfassender, ökonomischer Plan zur Ressourcenkontrolle Mittelamerikas, zu Gunsten von transnationalen Konzernen, von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond finanziert

² ein Handelsabkommen zwischen verschiedenen Nationen über Ein- und Ausfuhrzölle; bei einem großen Ungleichgewicht zwischen zwei oder mehreren Ländern ist oft ein einseitiger Profit der politisch und wirtschaftlich stärkeren Nation zu erkennen und führt zu Abhängigkeiten

Comercio) finden die verschiedenen überregionalen Großprojekte politisch ihre Unterstützung.

In Xalalá, am Fluss Chixoy, soll nun von einer Privatfirma ein Wasserkraftwerk errichtet werden das in seinem Ausmaß mindestens 18 Dörfer auf unterschiedliche Weisen direkt betreffen wird. Bis jetzt ist von Seiten des Staates kein Plan darüber bekannt, wie die lokale Bevölkerung (2328 Personen) unterstützt oder entschädigt werden kann. Der Regierungsabgeordnete Maynor López äußerte sich vor bereits eineinhalb Jahren zu diesem Thema folgendermaßen: *„Dort wo der Staudamm konstruiert werden wird handelt es sich um ein unberührtes Urwaldgebiet das einzig von wilden Tieren bewohnt wird ... wir hoffen, dass bei Beginn der Ingenieursarbeiten nicht irgendeine NGO auftaucht um die Tiere zu beschützen.“*

Die Argumente, mit einem Wasserkraftwerk billiger, sauberer und Erdöl sparender Energie erzeugen zu können, klingen überzeugend; jedoch ist davon auszugehen, dass diese Energie zwar aus den Ressourcen der Region gewonnen, nicht aber der eigenen Bevölkerung des Ixcán zu Gute kommen wird (wo ein Großteil der Menschen noch ohne Elektrizität lebt), sondern an andere Länder verkauft werden soll. Für den Transport der gewonnenen Energie dient ein System zur Verknüpfung von Elektrizitätsnetzen zentralamerikanischer Länder SIEPAC (*Sistema de Interconexión de las redes Eléctricas de los Países de Centroamérica*) das als Teil des PPP ins Leben gerufen wurde.

Zusätzlich zu dem Wasserkraftwerk in Xalalá und weiteren kleinen Kraftwerken dieser Art sind auch bereits Projekte zur Erdölgewinnung geplant. Die Befürworter dieser Projekte werben mit Straßenbau, Arbeitsplätzen, Energie, Rohstoffgewinnung und „Entwicklung“. Diesen für bestenfalls eine begrenzte Zeit geltenden Vorteilen stehen jedoch eine Vielzahl von Nachteilen für die betroffene Bevölkerung gegenüber. Erdölabbau kann sich gravierend auf die Gesundheit der lokalen Menschen auswirken, kann zu schwerwiegenden Unfällen führen, hat Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt und somit auf die Bodenbeschaffenheit und letztendlich auf die Produktivität. Außerdem können derartige Großprojekte zu inneren, oft politischen Konflikten, Verdrängung der ansässigen Bevölkerung und zur Verwendung von weiteren Rohstoffen (Wasser, Holz, Schutt) führen.

Obwohl es im Abkommen 169 der internationalen Arbeitsorganisation OIT³ (*Organización Internacional de Trabajo*) vorgesehen ist, wurde die betroffene Bevölkerung über diese Großprojekte weder aufgeklärt noch zu ihrer Meinung befragt. Nach ausgiebiger Vorarbeit, die bereits im Oktober 2004 begann, beschloss der Gemeinderat (*Consejo Municipal*) im Februar 2007 schließlich eine kommunale Volksbefragung über die Konstruktion von Staudämmen und den Erdölabbau in der Gemeinde Ixcán durchzuführen. Rechtlich stützt sich diese Art der Meinungserhebung neben dem Abkommen 169 auch auf die guatemalteckische Verfassung, auf das Gesetz der ländlichen und städtischen Entwicklungsräte (*Ley de los Consejos de Desarrollo Urbano y Rural*) sowie auf das Gemeindegesetzbuch.

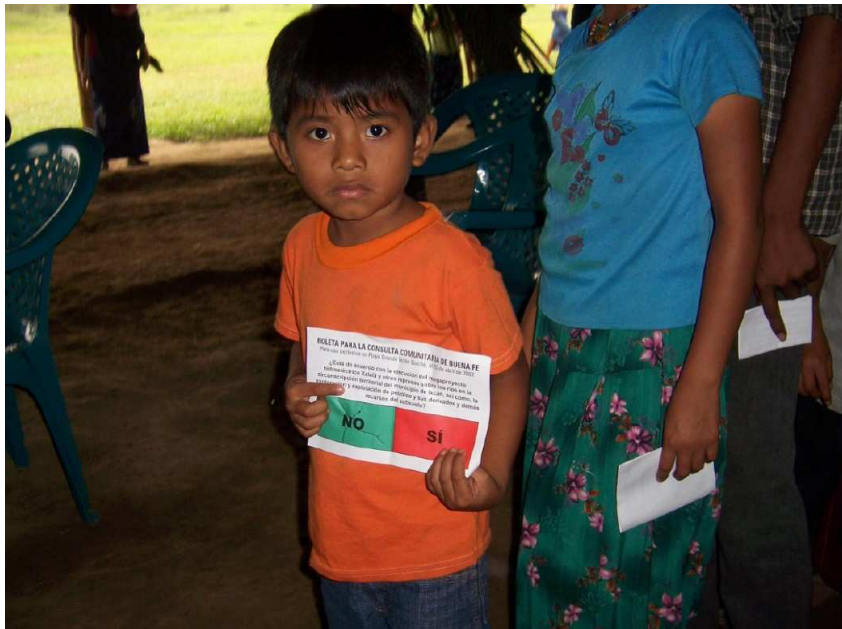
³ eine Teilorganisation der UNO, die sich für Arbeitsrechte und soziale Entwicklung, vor Allem von benachteiligten Gesellschaftsgruppen(unter anderem Indigene), einsetzt



„Für das Leben, die Erde und die Würde – verteidigen wir unsere natürlichen Ressourcen!“ – das von IxcaneKInnen gestaltete Plakat zum Aufruf für die kommunale Volksabstimmung

Um einen gelungenen Ablauf gewährleisten zu können formierten sich verschiedene Kommissionen die sich um die Organisation, die Sensibilisierung der Bevölkerung, die Informationsverbreitung, die legale Abwicklung sowie die Schulung der kommunalen Autoritäten (*alcaldes comunitarios*) kümmern sollten.

Am 20. April 2007 wurde die, von den Organisatoren als ein „historisches Ereignis“ bezeichnete, kommunale Abstimmung durchgeführt. In 122 der insgesamt 176 Dörfern des Ixcán versammelten sich Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder, die ebenfalls ihre Meinung abgeben konnten, um in der ihnen gängigen Form abzustimmen (meist durch Handheben oder Stimmzettel). Durch die Präsenz von mehr als 200 neutralen, nationalen und internationalen BeobachterInnen war für mehr Legitimität, Transparenz und einen demokratischen Ablauf gesorgt. Während des ganzen Tages konnte die Geschehnisse über Kommunalradiosender verfolgt werden. Das Interesse der HörerInnen machte nicht vor den Grenzen des Ixcán halt, denn die Problematik betrifft schließlich, in unterschiedlichen Ausmaßen, das ganze Land Guatemala. Von den guatemaltekischen Zeitungen jedoch war keine ausführliche Berichterstattung zu erwarten. In der „*Prensa Libre*“ (neben dem Boulevardblatt „*Nuestro Diario*“ die einzige „Qualitäts“zeitung die auch außerhalb der Großstädte Guatemalas zu erstehen ist, aber bei weitem nicht das ganze Land erreicht) erschien erst 4 Tage nach dem Ereignis ein beinahe unscheinbarer Artikel ohne jegliche Hintergrundinformation.



Auch Kinder und Jugendliche von 7 bis 17 Jahren waren zur Wahl zugelassen denn „sie sind nicht nur unsere Zukunft sondern auch schon unsere Gegenwart“ (einer der Veranstalter)



Vor der Abstimmung tragen sich alle Teilnehmer in Wählerlisten ein um auch formellen Ansprüchen gerecht zu werden

Am 21. April in der Früh brachten alle kommunalen Autoritäten die Ergebnisse ihrer Dörfer nach Playa Grande (das Gemeindezentrum von Ixcán) und bereits am späten Vormittag konnten die ersten Ergebnisse der kommunalen Abstimmung bekannt gegeben werden. Zu diesem Anlass versammelten sich die lokalen Autoritäten, OrganisatorInnen, BeobachterInnen, der Bürgermeister von Ixcán (Marcos Ramírez Vargas), viele andere Interessierte sowie BerichterstellerInnen von Radio und Fernsehen im Kulturzentrum von Playa Grande. Eine Jugendtheatergruppe präsentierte ihr extra für diesen Anlass vorbereitetes Stück „Das verräterische Unternehmen“ („*La empresa traicionera*“) und die Freude über das Ergebnis der Abstimmung war in jedem einzelnen Gesicht abzulesen.

Nun soll das Ergebnis der kommunalen Volksbefragung den Abgeordneten der Republik (*Congreso de la República*), der Zentralregierung (*Gobierno Central*), MenschenrechtsprokuratorInnen, sowie weiteren nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen vorgelegt werden. Inwieweit der Wille der

Bevölkerung des Ixcán Beachtung finden wird bleibt abzuwarten, dass der Prozess der „*Consulta Comunitaria de buena fe*“ aber schon für sich alleine ein Erfolg war ist unabstreitbar. Nicht nur hinsichtlich staatsbürgerlicher Beteiligung an demokratischen Prozessen konnten wertvolle Erfahrungen gemacht werden auch soziale Strukturen fanden eine Festigung und das Selbstbewusstsein der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung konnte gefestigt werden.

Trotzdem war zu beobachten, dass sich sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern der geplanten Projekte teilweise politische Interessen und propagandaartige Informationsformen in den Ablauf einschlichen. Oft fehlte es an objektiver Information über die Problematik um einen kritischen, offenen und klärenden Diskurs generieren zu können. Die Botschaften wurden teils wie Werbeslogans verbreitet und konnten somit zu einer unreflektierten Wiedergabe verleiten. Befürworter der Projekte warnten davor, dass die Ablehnung den Stillstand von Entwicklung zur Folge hätte. Die Organisatoren der Abstimmung und somit Gegner der Projekte brachten schon im Aufruf zur Stimmenabgabe ihre persönliche Meinung mit ein. Aber all das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ein Großteil der Bevölkerung sehr wohl über Vor- und Nachteile bewusst war, ging doch die Initiative zu der kommunalen Volksbefragung direkt von der sozialen Base aus. Das Thema ist mit Sicherheit kein leichtes, denn „nein“ sagen alleine reicht nicht um Lösungen zu finden, hat doch die Bevölkerung des Ixcán auch Interessen hinsichtlich einer besseren Infrastruktur und dergleichen. Fest steht aber, dass derartig schwerwiegende Entscheidungen nicht ohne Rücksprache mit der betroffenen Bevölkerung getroffen werden können, dass die Bevölkerung nicht als Objekt sondern Subjekt angesehen wird und dass sie für den Staat Guatemala auch dann von Interesse sein sollte wenn keine Großunternehmen, die dem Staat Geld bringen, im Spiel sind. Deshalb sollten alle derartigen Formen der direkten, demokratischen Entscheidungsfindung ernst genommen und gefördert werden.